



European Commission
Directorate-General for Competition
State aid registry
Ref.: HT.5261 Review of Recovery Notice
1049 Bruxelles/Brussels
Belgique/België

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
www.arbeiterkammer.at
erreichbar mit der Linie D

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65	Fax 501 65	Datum
HT.5261	WP-GSt/Be/KI	Christian Berger	DW 12505	DW 14252	12.04.2019

Entwurf einer Bekanntmachung der Kommission über die Rückforderung rechtswidriger und mit dem Binnenmarkt unvereinbarer staatlicher Beihilfen Stellung

Die Bundesarbeitskammer bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des öffentlichen Konsultationsverfahrens Stellung nehmen zu können.

Die Bundesarbeitskammer ist die gesetzliche Interessenvertretung von rund 3,7 Millionen ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in Österreich. Sie vertritt ihre Mitglieder in allen sozial-, bildungs-, wirtschafts- und verbraucherpolitischen Angelegenheiten auf nationaler als auch auf der Brüsseler EU-Ebene. Darüber hinaus ist die Bundesarbeitskammer Teil der österreichischen Sozialpartnerschaft. Die Bundesarbeitskammer ist im EU-Transparenzregister unter der Nummer 23869471911-54 registriert.

Zusammenfassende Einschätzung

Die BAK befürwortet alle Schritte, die zu einer möglichst konsequenten Rückforderung illegaler staatlicher Beihilfen beitragen.

Da die allermeisten staatlichen Beihilfen seit der Modernisierung des Beihilfenrechts 2012 von einer vorherigen Kontrolle durch die Europäische Kommission freigestellt sind, ist die verstärkte nachgelagerte Überwachung, Überprüfung und Sicherstellung der tatsächlichen Rückzahlung von illegalen staatlichen Beihilfen von enormer Bedeutung für die Beseitigung von Wettbewerbsverfälschungen, die durch Verstöße gegen die europäischen Beihilfevorschriften entstanden sind.

Die von der Europäischen Kommission in Aussicht gestellte Überarbeitung ihrer Bekanntmachung über die Rückforderung illegaler staatlicher Beihilfen legt vor allem klare, transparente und einheitliche Standards für die Kooperation zwischen der Europäischen Kommission und

den Behörden der Mitgliedstaaten fest und ist zu begrüßen, da diese für die sofortige und vollständige Rückzahlung staatlicher Beihilfen von wesentlicher Bedeutung ist. Eine Überarbeitung der Bekanntmachung der Kommission vor dem Hintergrund der sich stetig entwickelnden, für das Beihilfenrecht maßgeblichen Judikatur kommt außerdem der Rechtssicherheit im Allgemeinen zugute.

Nach wie vor mangelt es jedoch an eigenen Rechten oder Maßnahmen der Europäischen Kommission, um einerseits die Überprüfung der Einhaltung von Auflagen sicherzustellen, die in den verschiedensten Gruppenfreistellungsverordnungen und Leitlinien (beispielsweise Beihilfefristen bei Beschäftigungsbeihilfen) vorgesehen sind, und andererseits bei Nichteinhaltung derselben, den zu Unrecht erworbenen Wettbewerbsvorsprung durch eine Rückzahlungsentscheidung zu beheben. Für diese Beihilfen ist sicherlich eine spezielle Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission erforderlich.

Zu ausgewählten Punkt im Einzelnen:

Randnummern 68 und 70

Die Empfehlung der Europäischen Kommission, eine gesamtstaatliche, koordinierende Behörde einzurichten oder zu benennen, die die Umsetzung der Rückforderungsbeschlüsse überwacht und – in mit Rückforderungsverfahren verbundenen – Fragen als Ansprechpartnerin für die Dienststellen der Europäischen Kommission fungiert, ist zu begrüßen. Ebenso ist die Empfehlung der Europäischen Kommission zur Einführung von beschleunigten, spezialisierten Verwaltungsverfahren für die effektive Durchsetzung von Rückforderungsentscheidungen zu begrüßen.

Randnummer 88

Es ist zu befürworten, dass die Anordnung zur Rückzahlung einer illegal erlangten Beihilfe, die vom ursprünglichen Empfänger nicht rückgefordert werden kann und auf ein neues oder anderes Unternehmen transferiert wurde, durch eine Ausweitung der Rückzahlungsanordnung auf dieses mit dem ursprünglichen Empfänger nicht nur in rechtlicher, sondern auch in wirtschaftlicher Kontinuität stehendes Unternehmen auszudehnen ist.

Randnummer 131

Die restriktive Haltung der Europäischen Kommission im Falle der Vorlage eines Plans zur Fortführung des Betriebes des Beihilfeempfängers ist aus unserer Sicht problematisch. Es wäre empfehlenswert, im Falle eines Betriebsfortführungsplans, der dem Gläubigerausschuss geeignet erscheint, die dauerhafte Rentabilität des Unternehmens (im Sinne der Sanierungs- und Restrukturierungsleitlinien) zu gewährleisten und eine Änderung der Rückzahlungsmodalitäten in loyaler Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission zuzulassen.

Renate Anderl
Präsidentin
F.d.R.d.A.

Maria Kubitschek
i.V. des Direktors
F.d.R.d.A.